

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
für Pruzen incl. Stempel-
steuer 17 Sgr., für die übrigen
Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr.,
pro Quartal,
pro Monat 4 1/2 Sgr.
für Leipzig und Umgegend
pro Quartal 13 Sgr.
Giltalepeditionen für die Ver-
einigten Staaten:
R. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
via Newyork.
G. A. Pönneder,
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Erscheint wöchentlich 2 Mal
in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle
Postämter und Buchhand-
lungen des In- und Aus-
landes an.
Für Leipzig nehmen Be-
stellungen an:
die Expedition, Hofstraße 4.
die Genossenschafts-
buchdruckerei, Reiterstraße 44.
E. Nebel, Petersstraße 18.
S. Müller, Bayerschestr. 8b, III.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 37.

Mittwoch, 7. Mai.

1873.

Die Commune ist todt!

tief jubelnd die internationale Assoziation der Ausbeuter, Unterdrückter und Volkverdummer, als in der „blutigen Woche“ 1871 die Pariser Commune mit 40,000, von den Söldnern der heutigen Unordnung ermordeten Proletariern begraben ward.

Nicht volle zwei Jahre sind seitdem vergangen. Die „Siegern“ ihren Sieg mit unerbittlicher, durch keine Rücksichten der Humanität abgeschwächte Konsequenz aus. Unter der Führung eines „Staatsmannes“, mit dessen Erfahrung und Scharfsinn sich kein „Staatsmann“ in Deutschland messen kann, wurde die systematische Ausrottung des Sozialismus in Angriff genommen. „Gentile“ Polizeispiegel, verglichen mit denen „unser“ Stieber ein schelmerhafter Stümper ist, durchschnüffelten Paris und Frankreich. Die Gefängnisse reichten nicht aus für die Masse der Eingekerkerten. Tausende von Proletariern sind auf den Pontons und in dampfigen Kerkern verfaulend; Tausende auf die trockne Guillotine geschickt worden. Ohne Unterlass bis auf den heutigen Tag haben die Kriegesgerichte „gearbeitet“, und ihre „Energie“ wird bezeugt durch die lange Liste der Märtyrer, die auf der Ebene von Satory dem gesellschaftsretternden „Pulver und Blei“ — dem wahren Gott der modernen Blindnadel- und Chassepot-„Cultur“ — zum Opfer gefallen sind. Die Vertreter des heutigen Klassenstaats strengten ihr Hirn an, um möglichst wirksame Gesetze zur Vertilgung der sozialistischen Idee zu erfinden — die eiserne Faust des Kriegesrechts hält seit 23 Monaten die Mutterstadt der Revolution umspannt —

Und das Resultat?

Am vorletzten Sonntag, dem 27. April, stimmten 180,000 Pariser Proletarier für Barodet; und Remusat, der Candidat der vereinigten Ordnungsparteien blieb in Mäglichkeit Minorität, in einer Minorität so groß, daß selbst die Stimmen, welche auf den Candidaten der Bonapartisten und Ultraroyalisten, Oberst Stoffel, fielen, bei Weitem nicht genügt hätten, ihm die Mehrheit zu verschaffen. Barodet war den Pariser Arbeitern bis kurz vor der Wahl völlig unbekannt. Alles, was sie am Tage der Wahl von ihm wußten, war, daß er ein Feind Thiers' und der Nationalversammlung ist; daß er die Auflösung der Nationalversammlung will, und daß er 1871 mit der Communebewegung sympathisirt. Das letztere war das entscheidende Moment.

Die Wahl Barodet's ist also:

Eine Niederlage des Lügenrepublikaners Thiers, ein Protest gegen das Weitertragen der bloß zum Behuf des Friedensschlusses gewählten Nationalversammlung, und vor Allem ist die Wahl Barodet's ein Sieg des sozialistischen Gedankens, die geistige Wiederauferstehung der Commune.

„Die Commune ist todt“ hieß es vor 23 Monaten. „Die Commune ist todt!“ haben die Gegner seitdem uns tausend und abertausendmal triumphierend zugerufen.

„Es lebe die Commune!“ antworteten die Märtyrer von Satory, während die Wundlungen der gesellschaftsretternden Chassepots sich auf ihre Brust richteten.

Und am 27. April des Jahres 1873, genau zwei Jahre weniger einen Monat nach der vermeintlich endgültigen Niederwerfung des revolutionären Proletariats haben 180,000 Pariser Proletarier auf dem Boden, der noch feucht ist von dem Blut der Arbeiterkämpfer, der Welt verkündet:

Die Commune lebt!*

An die Arbeiter und Parteigenossen

in Stuttgart, Augsburg, München u. j. w.

Bekanntlich hat die Nationalversammlung von Versailles den Antrag, eine Anzahl von französischen Arbeitern auf Staatskosten nach Wien zur Ausstellung zu schicken, abgelehnt. Ein Minister des Herrn Thiers selbst bekämpfte den Antrag und scheute sich nicht, die Befürchtung geltend zu machen, die Arbeiter könnten auf der Durchreise mit deutschen Arbeitern in Conflict gerathen! Es ist unsere Pflicht, gegen diese unwürdige Unterstellung anderer als brüderlicher Gesinnungen gegen Solche, die die gleichen Feinde, wie wir, bekämpfen, energisch zu protestiren, und zwar nicht nur mit Worten, sondern durch die That.

Trotz des Beschlusses der Nationalversammlung werden in Folge privater Sammlungen einige Hundert Delegirte der verschiedenen Gewerke aus Paris allein schon nach Wien reisen.

Wir sind Feinde aller müssigen Demonstrationen. Mit rothen Bändchen, Privatfahnen, Empfangsreden ist nichts gethan. Aber die Reise von Paris nach Wien ist, namentlich bei der engen Unbequemlichkeit eines Extrazuges, eine Qual, wenn sie nicht durch eine Pause unterbrochen wird. In Elßas-Lothringen läßt die Angst der kaiserlichen Regierung nicht zu, eine solche Pause zu gestatten. Andererseits hegen die französischen Arbeiter selbst den Wunsch, sich bei ihrer Durchreise durch Deutschland über die dies-

* Seit obiger Artikel, der eigentlich für vorige Nummer bestimmt war, geschrieben worden, hat laut einem Pariser Telegramm Hr. Barodet eine Ansprache an seine Wähler erlassen, daß er durchaus kein Gegner des Herrn Thiers sei, im Gegentheil denselben in der Nationalversammlung unterstützen werde. Es beweist dies, daß Herr Barodet ein charakterloses Individuum ist, das sich durch falsche Vorspiegelungen die Stimmen der Pariser Arbeiter erschlichen hat — die Bedeutung der Wahl selbst aber wird dadurch nicht im mindesten alterirt. Daß im Reichstage des französischen Abgeordnetens ein Lump mehr sitzt, wißt die Thatfache nicht um, daß 180,000 Pariser Arbeiter am 27. April gegen das politische und soziale Lumpenthum Protest erhoben haben.

seitigen Verhältnisse zu unterrichten. Die republikanischen Blätter fordern sogar dazu auf und sprechen aus diesem Anlaß mit großer Anerkennung über die deutsche Arbeiter- und Genossenschaftsbewegung. So u. A. die „République française“ vom 2. Mai d. J. An uns, speziell an den Arbeitern und Parteigenossen an der Linie Straßburg — Wien ist es, den Delegirten der Arbeiter Frankreichs einen Dienst zurückzugeben, den dieselben unseren Landsleuten hunderttausendfach nicht nur vor dem verurtheilten Kriege erwiesen haben, sondern sogar, trotz Allem, was geschehen ist, bereits jetzt wieder in Paris und ganz Frankreich erweisen. Wir wollen nicht, daß man diejenigen, die wir als unsere Brüder und unsere Vorkämpfer ansehen, raslos durch Deutschland führe, wie durch einen Urwald voll feindseliger Indianer, oder daß man sie von irgend einem kleinen Halterlag Begriffe über die deutschen Arbeiter mitnehmen lasse. Wir können nicht Gastfreundschaft im vollen Sinne des Wortes üben: dazu sind wir zu arm. Aber das können und müssen wir thun:

Bilden wir an allen größeren Plätzen, die an der Bahnlinie liegen, Comités, die den durchreisenden französischen Arbeitern die nöthige Auskunft ertheilen, die Lebenswichtigkeiten zeigen, und, wenn keine Bewirthung möglich ist, so doch wenigstens sie durch Nachweis billigen Obdachs u. vor Prellerei schützen.

Wir glauben, daß diese wenigen Andeutungen genügen werden, fügen aber hinzu, daß die größte Eile nöthig ist, denn die Delegirten werden noch in diesem Monat nach Wien reisen.

Mögen daher die Comités, die sich bilden, ihre Constatirung, ihren Sitz u. j. w. sobald als möglich im „Volksstaat“ anzeigen. Mögen sie aber auch zugleich — um nicht „zu spät“ zu kommen — dieselbe Anzeige nach Paris gehen lassen, und zwar, da uns augenblicklich keine andere Adresse zur Hand ist, an: M. Barbalet, au Rappel, rue Valois, Paris. Derselbe ist Mitglied des betreffenden Comités. Es wäre beizufügen, welche Lebenswichtigkeiten u. der Ort bietet. Denn ein Maler z. B., der sich unter den Delegirten befindet, wird vorziehen, in München zu rasten und die dortigen Kunstschätze zu sehen, ein Portefeuille-Arbeiter wird sich lieber in Stuttgart, ein Goldarbeiter lieber in Pforzheim verweilen. Ein Maschinenbauer könnte unter Umständen Augsburg vorziehen. — Doch das sind Details.

Die Hauptfrage ist, ob die Arbeiter Süddeutschlands diese glänzende Gelegenheit, die Solidarität der Proletarier aller Länder zu beweisen, kalt vorüberziehen lassen werden.

Die Geldsack aller Länder hoffen, daß sie das thun werden. Wir wissen, daß sie es nicht thun werden!

Das National-Einkommen und seine Vertheilung.

Breslau, 20. April. Es wird unserer Partei von ihren Gegnern sehr oft entgegengehalten, daß die Verwirklichung ihrer Principien, die Errichtung des sozialistischen Staates doch nicht im Stande sei, die Lage der arbeitenden Klasse wesentlich zu bessern, indem das gesammte National-Einkommen, gleichmäßig vertheilt, keineswegs die Einkünfte der Arbeiter nennenswerth erhöhen würde.

Vor einigen Wochen erst druckte der „Volksstaat“ aus einem Organe der belgischen Bourgeoisie einen Artikel ab, der die Richtigkeit obiger Behauptung dadurch nachzuweisen sich bemühte, daß er den Reingewinn eines Bergwerksunternehmens unter die in demselben beschäftigten Arbeiter vertheilte.

Sehr richtig bemerkte dazu die Redaction des „Volksstaat“, daß im sozialistischen Staate die Production in nie geahntem Maße steigen würde. Während in der bestehenden Gesellschaft nur das produziert wird, was dem Unternehmer einen hohen Profit abwirft, während z. B. heute eine Menge Arbeit in der Production unnützer Luxusartikel geradezu vergeudet wird, wird im sozialistischen Staate, der mit der kapitalistischen Produktionsweise zugleich den raffinierten Luxus abschafft, die Production eine andere, nur den Bedürfnissen des Arbeiterthums Rechnung tragende Richtung einschlagen.

Jedoch davon ganz abgesehen ist die gleichmäßige Vertheilung der Gesellschaftseinkünfte unter ihre Glieder allein schon genügend, die Lage der Arbeiter erheblich günstiger zu gestalten.

Das gesammte Jahreseinkommen des vereinigten Königreichs (Großbritannien und Irland) z. B. betrug durchschnittlich im 7ten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, wie Dudley Baxter in seiner Schrift: „National income. The united Kingdom. London 1868“ auf Grund der Besteuerungslisten und umfänglicher Informationen über die Arbeitslöhne angiebt, 800 Millionen Pfd. Sterl. Von diesen 800 Millionen Pfd. Sterl. entfallen auf den Arbeiterstand 300 Mill., auf die nicht arbeitenden Klassen 500 Mill. Pfd. Sterl. Der Antheil der Arbeit beträgt also nur 37,5% des sogenannten Nationaleinkommens, d. h. der Summe aller Bodenerträge, Capitalgewinne, Zinseneinkünfte, Gehälter und Arbeitslöhne. Die übrigen 50% vertreten hauptsächlich die Besitzrente und was ihr ähnlich ist. Der Antheil der Arbeit verhält sich also zum Antheil des Besizes wie 3 : 5.

Ihr volles Gewicht aber erhalten die angegebenen Einkünfte größten erst dann, wenn man sie mit der Kopfhahl der jedesmal zugehörigen Bevölkerung vergleicht. Mit dem kleineren Antheil von 37,5% müssen sich 23 Mill. Köpfe begnügen, während der größere Betrag von 50% durch eine Kopfhahl von nur 7 Mill. vertreten ist. Der Arbeiterstand beträgt also seiner Anzahl nach mehr als 1/3 der gesammten Bevölkerung, und die übrigen Klassen belaufen sich mit ihrer Kopfhahl noch nicht ganz auf 2/3. Käme es auf das persönliche Element an, so wäre der Arbeiterstand den nicht arbeitenden Gesellschaftsmitgliedern mehr als dreifach überlegen. Vergleicht man

aber die Vertheilung der Einkünfte derartig, daß man für den Kopf der Arbeiterbevölkerung und für den der arbeitenden Klassen den Durchschnitt nimmt, so zeigt sich, daß die auf den letzteren fallenden Einkünfte fünf Mal größer sind als die des ersteren. — Auf den Kopf der Nichtarbeiter kommt 71 2/3 Pfd. Sterl. (circa 490 Thlr.), auf den der Arbeiter dagegen nur 13 1/2 Pfd. Sterl. (ca. 89 1/2 Thlr.). Würde man nun das Gesamteinkommen von 800 Mill. Pfd. Sterl. unter die 30 Mill. Köpfe des vereinigten Königreichs gleichmäßig vertheilen, so entfiel auf den Kopf 26 2/3 Pfd. Sterl. (circa 183 Thlr.); das Einkommen des Arbeiterstandes wäre demnach um etwa 104 Prozent gestiegen. Erwägt man noch, daß das Einkommen der besitzenden Klasse nach Maßgabe der direkten Steuern bestimmt ist, und daß sich namentlich das Einkommen der „oberen Zehntausend“ jeder genaueren Schätzung entzieht, so wird man nicht zu hoch greifen, wenn man dasselbe um die Hälfte erhöht. Diese 250 Mill. Pfd. Sterl., nach dem angegebenen Modus noch vertheilt, würde eine Steigerung von circa 183 Thlr. auf circa 241 Thlr. ergeben. Das Einkommen des Arbeiterstandes wäre also im Ganzen von circa 89 1/2 Thlr. auf circa 241 Thlr. pro Kopf gestiegen, hätte sich somit mehr als verdoppelt.

Schon hieraus läßt sich ersehen, wie gewaltig die Veränderungen sein müßten, wenn nicht der Besitz, sondern das persönliche Element der Arbeit den Maßstab für die ökonomische Haltung und Lebensstellung lieferte.

S. Faerber.

Politische Uebersicht.

Von welcher „Intelligenz“ die preussische „Krone“ umgeben ist. In der Herrenhausungung vom 22. April wurde der Gesetzentwurf über die Abänderung des Gesetzes vom 1. Mai 1851, betr. die Einführung einer Klassen- und klassisirten Einkommensteuer, beraten. Gegen die Aufhebung der untersten Klassensteuerstufe (unter 150 Thlr. Einkommen) sprach der berühmte Junker Herr von Kleist-Regow u. A. folgende Worte, die als der Gesamtansdruck der Ansichten der ländlichen Feudalherren über die Arbeiterbewegung gelten können:

„Dies Gesetz, wie es nun im Gegensatz zu der früheren ursprünglichen Regierungsvorlage vom Abgeordnetenhaus festgestellt ist, will einer Klasse der Bevölkerung, die von einem Pflichtbewußtsein gegen den Staat wenig oder gar nichts in sich trägt, die Pflicht, Steuern zu zahlen, auch noch nehmen; das wird nothwendig den Erfolg haben, daß diese Klasse vollends depravirt und zu einer Klasse von Hummeln gemacht wird. Und dabei soll diese Klasse, der jede Selbstständigkeit und Fähigkeit zur Auffassung der politischen Dinge fehlt (!), das allgemeine Stimmrecht behalten, das ihr eine so ungeheure politische Macht gibt? Und das geschieht in der jetzigen unruhigen Zeit, die voll von sozialistischen Bestrebungen und Bewegungen ist. Geht das mit solchen Gesetzen so fort, so kann ich nur sagen, wenn sich für diese Klasse ein fähiger Demagogenführer findet, der die Bewegung in die Hand nimmt und die gegenwärtigen, sachlich ganz untergeordneten und unbedeutenden Spaltungen und Zwistigkeiten unter den Arbeitern verwirft und die Arbeiter zusammenschließt, dann ist in der That bei uns eine Demagogenherrschaft gar nicht zurückzuhalten. Bergegenwärtigen Sie sich nur dabei, daß diese selbe Klasse ja auch das volle Koalitionsrecht hat und sehr stark andrückt und damit im Stande ist, sich große materielle Vortheile und eine bessere soziale Stellung zu verschaffen, wie sie es schon vielfach gethan. Freilich haben auch die Arbeitgeber, die Fabrikanten, das Koalitionsrecht, und wenn sie es mit gleicher Energie handhaben, so können sie diesen sozialen Krieg, denn ein solcher ist es in der That, vielleicht mit Erfolg aufnehmen. Aber dies gilt ja nur für die Städte; wenn aber einmal diese sozialistische Arbeiterbewegung auf unser Land kommen und sich da ausbreiten sollte, dann wären wir Grundbesitzer ganz machtlos, und dagegen zu wehren, es wäre uns ganz unmöglich, dagegen anzustreben. Denn was hilft uns unser Koalitionsrecht zur Zeit der Ernte, wenn die Ernte reif ist, und sie darf keinen Tag länger auf dem Felde bleiben, weil sie sonst verdirbt? Da sind wir ganz machtlos und sind also in einer viel gefährlicheren Lage als die Fabrikanten. In solcher Lage und in solcher Zeit dieser Klasse außer der gewählten politischen Macht auch noch freiwillig die Steuerfreiheit entgegenzutragen, dazu kann ich mich nicht verstehen. Auch ich habe ein Herz (der gute Herr!) für die unteren und armen Stände, aber die gegenwärtige Zeit ist keineswegs dazu angethan, zu sagen, dieser unterste Stand sei am schlimmsten dran: im Gegentheil, die beiden Klassen, die sich heute am besten sehen, das sind einmal die Klasse der Grundbesitzer und dann die unterste Arbeiterklasse. Niemand hindert die Herren, sich wenigstens die gute Stellung der Letzteren zu erwerben; sie brauchen nur selbst zu arbeiten.“ Bei uns auf dem Lande in Pommern z. B. sind wir beinahe gezwungen, Alles zu zahlen, was die Leute nur wollen, weil sie ja alle auswandern.“

Der Finanzminister Camphausen entgegnete: „Mit welchen Unzulänglichkeiten die Erhebung der Klassensteuer in den untersten Stufen verknüpft ist, das ist seiner Zeit durch eine Enquete (Untersuchung) festgestellt worden und durch eine Denkschrift zu Ihrer Kenntniß gekommen. Ich hebe aus diesem Bericht nur die eine Thatfache hervor, daß allein im Regierungsbezirk Königsberg, wo in der Stufe 1A in den Städten 15,472 Thlr. in Steuern zu erheben waren, 123,519 Wohnungen und 54,860 verfügte

* Obiges Material ist dem neuesten Werke Eugen Dühring's: „Cursus der National- und Sozialökonomie einschließlich der Hauptpunkte der Finanzpolitik. Berlin 1873, Grieben, entlehnt. D. C.

Exekutionen haben stattfinden müssen, daß davon haben 32,766 Exekutionen vollstreckt werden müssen und daß davon 25,968 Exekutionen fruchtlos ausgefallen sind. Dazu kommt das Resultat, daß diese Erhebungslofen 12,713 Thlr. betragen haben bei 15,472 Thlr. Steuern, die zu erheben waren. Diese Zahlen beweisen schlagender als Alles die absolute Nothwendigkeit dieses Gesetzes."

Der „Liberalismus“, in welchem Bismarck den Süddeutschen voraus ist, entwickelt sich immer kräftiger. Ueber das neue Pressegesetz, welches der Bundeskanzler einbringen will — der Entwurf des Reichstags liegt natürlich in den Papierkorb — verlaunt jetzt, daß darin außer den bereits eingetragenen preussischen Liebenswürdigkeiten (Kantionen und polizeiliche Beschlagnehmungen) auch noch die zwei Bestimmungen enthalten seien, daß jedes dreimal verurtheilte Blatt unterdrückt werden könne, und daß der Bundesregierung das Recht zustehe, in den Einzelstaaten direkt Presseprozesse einzuleiten. Es ist das so ächt Bismarck-Stieberisch, so vollständig im Geiste der Preßordnungen, mit denen der „geniale“ Staatsmann im Juni 1863 die jetzt so servil vor ihm lagbende Fortschrittspresse kranzte, daß wir keinen Augenblick an der Richtigkeit der betreffenden Andeutungen zweifeln. „Die Bundesregierungen“, heißt es weiter in den offiziellen „Wasschzetteln“, seien sämtlich für den Bismarck-Stieberischen Entwurf, und auch von der Majorität des Reichstags „habe man die feste Ueberzeugung, daß sie sich der Ansicht zuneigen werde, daß eine absolute Freiheit der Presse den Gegnern des Reichs eine zu mächtige Waffe in die Hand drücken werde, als daß man auf alle Repressivmaßregeln verzichten könnte.“

Daß der Reichstag die Hoffnungen des Bundeskanzleramts nicht zu Schanden machen wird, versteht sich von selbst; ebenso wie es sich von selbst versteht, daß dieser Bismarck-Stieberische Preßnebelversuch genau denselben Erfolg haben wird, wie alle früheren Versuche dieser Art, die nur für die Furcht und Kurzsichtigkeit ihrer Urheber Zeugnis abgelegt, die Parteien, gegen welche sie gerichtet waren, aber stets, anstatt sie zu lähmen, — gekräftigt haben. Die naturgemäße Entwicklung der Dinge ist eine sehr langsame für unsere Ungebild — es gibt nur ein Mittel, die Wartepost abzukürzen, und das ist: das gewaltthätige Eingreifen unserer Feinde in den natürlichen Entwicklungsprozess. Also Dank den Herren Bismarck — Stieber!

In Südwales ist der kaum abgeschlossene Waffenstillstand zwischen den Grubenbesitzern und Kohlenarbeitern schon wieder zu Ende. Wie bereits mitgeteilt, weigerten sich verschiedene Arbeitgeber, unmittelbar nach Wiederaufnahme der Arbeit, die versprochene Lohnerhöhung zu gewähren; sie machten allerhand Ausflüchte, bis die Gewerkschaft die Sache in die Hand nahm und die kategorische Erklärung abgab, daß, wenn die Grubenbesitzer nicht vom 1. Mai an den versprochenen Lohnzuschlag von 10 Prozent bezahlten, an diesem Tag die Arbeit niedergelegt würde. Ein Telegramm aus London setzt uns nun in Kenntniß, daß die Arbeitseinstellung am 1. Mai wirklich begonnen habe. Ob dieselbe eine allgemeine ist, oder nur eine theilweise, und in welcher Ausdehnung, das erhellt nicht aus dem im Augenblick, wo wir dies schreiben, vorliegenden Nachrichten. Ganz unzweifelhaft ist aber, daß die Herren Kapitalisten durch ihren schwachen Wortbruch diesen neuen Konflikt verursacht haben, und die ausschließliche Verantwortlichkeit für denselben tragen. Ob sie von „sozialistischen Hegerern“ mißbraucht worden sind, überlassen wir der gutgesinnten Presse zu untersuchen.

Sonderbare Schwärmer, diese Engländer! In einem Londoner Blatt finden wir folgende Notiz: „Wittwoch — den 16. April 1873 — erschien ein Herr, welcher, weil er mit einem Geschworenen gesprochen hatte, zu 5 Pfd. Sterling verurtheilt worden war, in den Vierteljahrs-Affisen von Salford, um eine Verteidigung vorzubringen und um Erlass der Strafe zu bitten. Der Vorsitzende (Mr. Higgin, D. C.) sagte, das Gericht glaube gern, daß die Unterhaltung mit dem Geschworenen in keinem Zusammenhange mit dem Gegenstande der Untersuchung gestanden habe, aber der Bittsteller sollte doch gewußt haben, daß es eine Ungehörigkeit sei, mit einem der Geschworenen zu sprechen, wenn dieselben mit einem Rechtsfall betraut wären, und besonders, wenn sie noch über einen Wahrspruch berieten. Er hätte sich entschuldigt und sein Bedauern ausgedrückt, und das Gericht wolle ihn von seiner Strafe entbinden.“ Wie der Leser aus Obigem ersieht, gilt es in England für ein Vergehen, mit einem Geschworenen, während derselbe in Funktion ist, zu reden. Wenn die Herren Mücke, Schwurgerichtspräsident, und Hoffmann, Staatsanwalt beim Schwurgericht im selben Prozeß für jedes Gespräch, das sie bloß in der famosen Schap'ischen Bierkeipe mit den Geschworenen desselben Prozeßes beim Glas Bier führten, 5 Pfd. Sterl. Strafe (32 Thlr. genau berechnet), zu bezahlen gehabt hätten, wie viel hätten die die Herren wohl zu bezahlen gehabt?

Die „Ch. Fr. Presse“ ist entrüstet, daß in der Notiz in Nr. 35 des „Volkstaat“, betreffend die Ausweisung Mosk's, gesagt war: „Die „Ch. Fr. Pr.“ erklärte, nichts darüber zu wissen.“ Die Redaktion der „Ch. Fr. Pr.“ glaubt, es handle sich darum, ihr einen „Tritt“ zu verzeihen, da der Verfasser jener Notiz unter der „zuverlässigen Quelle“ nur die Nr. 95 der „Ch. Fr. Pr.“ könne gemeint haben. Wäre das wahr, so hätten wir uns einer Persiflage schuldig gemacht, und es ist allerdings bezeichnend, daß die „Ch. Fr. Pr.“ uns eine solche zuträufelt. Das stimmt ganz zu dem hofmeisterlichen Ton, in welchem sie sich schon mehrfach gegen uns gefallen hat. Sie hat aber mit ihrer Vermuthung in beiden Theilen Unrecht. Die Notiz des „Volkstaat“ war bereits geschrieben, ehe die Nr. 95 der „Ch. Fr. Pr.“ erschien, die Thatsache der Mosk'schen Ausweisung war einem Briefe Mosk's entnommen, worin dieser sich sehr über das Schweigen der „Ch. Fr. Presse“ beklagte. In unserm Bedauern hat weder der Verfasser noch die Redaktion die Notiz in Nr. 95 der „Ch. Fr. Pr.“ bemerkt, sonst wäre die anstößige Stelle nicht erschienen. Dies der wahre Sachverhalt. Die Redaktion der „Ch. Fr. Presse“ hatte also durchaus keine Ursache, uns voreiliger Weise gebißige Motive unterzuschreiben.

Auch unsere Bemerkung, die Chemnitzer Arbeiter müßten Mosk bei der nächsten Reichstagswahl eine Genußgattung geben, indem sie ihn wählten, hat das Mißfallen der „Ch. Fr. Pr.“ erregt, und zwar „weil es nicht wohl gethan sei, daß Personen im „Volkstaat“, die unsere gegenwärtigen Verhältnisse und die Stimmung der Arbeiter und Kleinbürger nur oberflächlich kennen, jetzt schon mit Vorschlägen heranstreten, die nur Verwirrung unter einem großen Theil der Wahlberechtigten hervorrufen können.“ Uns ist diese diplomatische Erklärung unverständlich; wir beabsichtigen nicht, den Chemnitzer Parteigenossen einen Candidaten zu oktroyiren. Darüber zu beschließen, ist Sache der Landesversammlung. Aber es gibt gewisse Dinge, die so selbstverständlich sind, daß man darüber nicht mehr zu diskutiren braucht, und dazu gehört unseres Erachtens die Candidatur Mosk's für Chemnitz. Mosk hat die in Chemnitz hart darniederliegende Bewegung erst wieder in Schwung

gebracht und die „Ch. Fr. Pr.“ lebensfähig gemacht; er hat mit einer Energie und Selbstlosigkeit gewirkt, wie kaum ein Zweiter, und dafür den Haß und die Verleumdung der Bourgeoisie und die Verfolgungssucht der Behörden geerntet. Eine mehr als jährige Kerkerhaft und endlich schimpfliche Ausweisung ist der Lohn für seine Thätigkeit gewesen, und gegenüber Allem Diesem betrachten wir es allerdings als einen Akt der Pietät und der Pflicht der Chemnitzer Parteigenossen, Mosk und nur Mosk aufzustellen. Der größte Gefallen, den die Chemnitzer Parteigenossen der Bourgeoisie thun könnten, wäre, von seiner Candidatur abzugehen. Aber wir glauben auch die Stimmung der Chemnitzer Arbeiter so gut zu kennen, wie irgend ein Anderer, und wüßten nicht, wer in der Partei mehr Sympathien in Chemnitz hätte, als eben Mosk. Es ist uns darum unerfindlich, warum wir mit unserer Bemerkung „Verwirrung unter Arbeitern und Kleinbürgern“ sollen angerichtet haben.

Der „Neue“ hatte vor einiger Zeit behauptet, der Redakteur eines unserer Localblätter habe Gelder des Allg. dtsh. Arb.-Ber. rechtswidrig sich angeeignet. Auf unseren Zweifel an der Wahrheit des Behaupteten nennt er jetzt Herrn Lienig. Herr Lienig wird sich darüber zu rechtfertigen haben und, falls die Anklage auf Wahrheit beruht, den in Frage stehenden Betrag sofort an die Kasse des Allg. dtsh. Arb.-Ber. abführen, sich aber außerdem vor den Parteibehörden, resp. dem Parteikongreß zu verantworten haben.

Auch die Person Meumingers ist Gegenstand der Verleumdungen des „Neuen“. Was wir von der Flucht Meumingers denken, haben wir entgegen der lügnerschen Behauptung des „Neuen“ — sie „todtschwiegen“ zu haben — in Nr. 29 des „Volkstaat“ ausgesprochen. Unredlichkeiten sind Meuminger nicht nachgewiesen, der Streit zwischen ihm und der großen Majorität der Rürnberger Parteigenossen einerseits, der Minorität der Rürnberger und Fürther Parteigenossen andererseits wird auf dem Parteikongreß zur endgültigen Entscheidung gebracht werden. Der „Neue“ sucht uns also gänzlich ohne Grund zu besudeln. Das übliche „Klappern“ beim „Handwerk“ — Nichts weiter!

Königlich Preussischer Regierungsozialismus.

Der „Neue“ und die „Revue.“

Bereits in einer früheren Nummer haben wir kurz des vom „Neuen“ am 23. April gemeldeten kühnen Faktums gedacht, daß Herr Hasenclever „im Namen der Volksversammlung“ vom 20. April ein Beileidschreiben an den National-Ökonomen Kobbertus gerichtet habe. Anlaß hiezu gab ein Brief des Kobbertus an den Redakteur der „Berliner Revue“, Meyer, worin Jener Diesem mittheilte, daß er krank sei. — Herr Meyer — der in allen Volksversammlungen des „Neuen“ große Pausen hält, während man unsern Genossen das Wort entzieht — hatte in der obgedachten Volksversammlung vom 23. v. M. jenen Brief vorgelesen und an ihm darzutun gesucht, wie sehr sich Kobbertus noch für die Arbeiter interessire. Mag sein! Für Jeden, der Kobbertus gelesen hat, ist es interessant, zu wissen, ob er oder daß er noch lebt. Das Kindische an dieser ganzen Affaire liegt jedoch darin, daß Herr Hasenclever — in seinem kornischen Bedürfnisse, etwas von sich reden zu machen und mit einem „großen Manne“ in Verbindung zu treten — diese vom Janne gebrochene (vielleicht auch vorher mit Herrn Meyer abgekartete) Gelegenheit ergriff, um einen schwinghaften Schreibebrief an Kobbertus loszulassen, worin er ihn des tiefsten Beileids der „Volksversammlung“ versichert. Und warum? Weil Kobbertus mit Lassalle befreundet war. Wenn Herr Hasenclever an alle Krisifokraten Sympathie-Briefe schreiben wollte, die mit Lassalle befreundet waren — von der Madame Franz Duncker an bis zu Hans von Bülow und von der Sophiedien bis zum Fel. von Dönniges — dann hätte er jedenfalls so viel zu thun, daß er das Präsidium des Allg. dtsh. Arb.-Ber. niederlegen müßte. Das selbstverständliche kein Weltunglück wäre. In Bezug auf Kobbertus ist zu bemerken, daß er 1848 auf der äußersten Linken, gegenwärtig aber, trotz seiner radikalen Ansichten mit Bezug auf die soziale Frage, entschieden und zweifelsohne im konservativen und zwar speziell im Bismarck'schen Lager ist. Hr. Meyer aber ist der mehrfach von uns erwähnte Redakteur der ultrareaktionären „Berliner Revue“, jenes wunderliche enkant torriblo des Preussischen Junkerthums, das dem Königthum von Gottes Gnaden Woche für Woche in die Ohren ruft, es solle sich doch an die Spitze der sozialen Bewegung stellen.

Bei dieser Gelegenheit dürfte es am Plage sein, zu sagen, was Hr. Meyer von Lassalle denkt. Im 12. Heft des 72. Bandes (der Nr. vom 21. März v. J.) schreibt er in einem längeren Aufsatz: „Die drohende Entwicklung des Sozialismus in Deutschland“, der Lassalle als Vertreter des konservativen Sozialismus März, den Vertreter des revolutionären Sozialismus, entgegenstellt, über Lassalle wie folgt:

„Lassalle hält die Herstellung sozialer Gleichberechtigung auch im monarchischen Staate durchführbar und ist der Ansicht, daß man sehr wohl derartige ökonomische Umwälzungen zuerst in einem national geeinigten Staate in ruhiger, friedlicher Weise vornehmen kann, während im Nachbarstaate noch nach altem Muster gewirthschaftet wird. Er schließt, daß das Beispiel eines großen Staates allmählich zwingend auf die Nachbarstaaten wirken werde.“

„Der Monarch dagegen steht mächtig über den Parteien und darf, will er wahrhaft Monarch bleiben, logar nicht die Herrschaft einer Partei dulden. Der Sozialismus, als die Negation der ökonomisch-politischen Klassen- oder Parteiherrschaft, ist also mit der Monarchie sehr wohl vereinbar, wie denn die Monarchie im Sclaven-, Feudal- und Bourgeoisstaate existirt hat und existirt. Dies wußte Lassalle und danach handelte er.“

„Lassalle sagte sich, die Dynastie kann eben so gut herrschen, wenn die Klassenherrschaft der Bourgeoisie dasselbe Schicksal erfahren hat, was sie dem Feudalismus bereitere. Er verlangte ökonomische Zugeständnisse von der Regierung und wollte dadurch derselben die Massen gewinnen. Man kann ihn mit vollem Rechte einen konservativen Sozialisten nennen. Ohne Revolution, ohne Blutvergießen, ohne Umsturz des Thrones wollte er eine ökonomische Umwälzung durch gesetzgeberische Reformen vollziehen, welche — vielleicht später — sich sonst gewaltthätig vollziehen wird. Er erkannte in v. Bismarck den genialen Staatsmann noch vor 1864 und suchte Verbindung mit ihm, — ob er sie gefunden, darüber ist hier nicht der Ort, zu sprechen. Ich weiß es nicht. Sein Nachfolger, v. Schweitzer, verfolgte denselben Plan. Er ließ in Elberfeld die Sozialisten für v. Bismarck stimmen gegen einen Liberalen. Diese Männer sagten sich, daß es nicht genügt, ein Reich mit den Waffen zusammen zu schlagen und gegen die Nachbarstaaten gewaltig zu machen, sondern daß man es auch im Innern

festigen muß, und dies geschieht und geschah zu allen Zeiten nur durch soziale zeitgemäße Reformen. So gab Cäsar, kaum zur Macht gelangt, Gesetze, welche die Schulverhältnisse human ordneten. Er gewann sich die Massen des Volkes. Diese Männer glaubten, Herr v. Bismarck werde auch in der inneren Politik dem Beispiele Cäsars folgen.“

„Vielleicht hat die Regierung die Macht der sozialen Ideen unterschätzt, vielleicht hielt sie den Zeitpunkt, die Leitung der sozialen Bewegung selbst in die Hand zu nehmen, noch nicht für gekommen.“

„Was Lassalle wollte, eine dynastische und nationale sozialistische Arbeiterpartei schaffen, ist total mißlungen.“

So Hr. Meyer über Lassalle. Noch sei erwähnt, daß Hr. Meyer den „jetzigen Führern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ mit drohend erhobenem Finger wiederholt die Leviten gelesen hat, weil sie zu viel mit dem revolutionären, internationalen Sozialismus liebängelten; sie sollten sich nur ja hübsch in Acht nehmen, sonst! — — — Die Regierung sei gnädig, aber — — —!

Und Arm in Arm mit diesem R. Meyer bringt der „rothe“ Dr. Hasenclever dem konservativen Politiker Kobbertus seine Huldigung dar! Das Bild bedarf keines Commentars.

Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

Im verflossenen Monat sind in nachbenannten Orten neue Parteimitgliedschaften gebildet worden und als Vertrauensmänner ernannt, für Dülken: Joh. Ernst; Bamberg: Aug. Ramm; Freiburg: Aug. Wähler; Herbede: Friedr. Auffermann; Schwabing: A. Grewling; Peilau: Ernst Elzag; Stafffurt: D. Kurz; Jüterbogk: R. Brunert; Crefeld: Joh. Klinkhammer; Nieder-Blanis: D. G. Hoch; Neulirchen: H. A. Brunert; Hedderheim: J. Ruf. — Ferner sind als Vertrauensmänner ernannt, für Landshut: E. Lippert; Gotha: E. Biesede; Stollberg: E. Chrentraut; München: H. Wendelin; Ronneburg: E. Popp.

Hamburg, den 1. Mai 1873.

Der Ausschuß der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei. Briefe an Unterzeichneten sind von jetzt ab zu richten: Theodor Jork, Erste Vorlesen, Hof 13, Hamburg.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Hannover, 29. April. Die Gewerkschaft der Holzarbeiter stellt den Antrag, den Gewerkschaftscongreß in Braunschweig, nicht hier abzuhalten, wie beantragt ist, indem Hannover für diesen Zweck nicht der passende Ort ist.

E. F. Zimmermann, Schriftführer.

Verein der deutschen Steinmehlen.

Berlin, 30. April. Sämtlichen Collegen, resp. Mitgliedschaften des Vereins, sowie den Collegen Oesterreichs und der Schweiz zur Kenntniß, daß der Arbeitsausfluß seitens der Arbeitgeber in der Mitgliedschaft Zeig und Umgegend, Haberdsdorf bei Oera, Loberleben bei Duerfurth in seiner vollen Tragweite noch fortdauert. Die Arbeitgeber beharren immer noch darauf, daß die Collegen aus dem Verein scheiden sollen, bevor sie wieder eingestellt würden; aber die Mitglieder sagen — und das mit vollem Recht — daß dies nimmer geschehen würde. Die Collegen, wohl einsehend, daß sie in so großem Maße nicht voll und ganz unterstützt werden können, suchen sich auf Landarbeit und in den forstlichen Beschäftigung, doch auch diese wird ihnen dann gleich immer wieder durch die Aufgeherei der Arbeitgeber abgeschnitten, um sie derartig zur Capitulation zu zwingen, und zu bewirken, daß das Glend und der Hunger sie wieder zur Arbeit treiben soll. In Schleuditz, einer Mitgliedschaft bei Zeig, wo sich bis dato durch die Ränke und allerhand Machinationen der Arbeitgeber 42 der Mitglieder versuchen ließen, die Arbeit wieder aufzunehmen, war man sogar so frech, den Leuten die Mitgliedskarte und Statutenbuch abzuverlangen, was auch bei 25 Mann gelang; und man hat sich nicht entblödet, dies auf dem Meisterkongreß als Beweismittel vorzulegen, daß der Streik gewonnen wäre, obgleich er doch mit 253 ins Leben trat. Ob die Herren auch gesagt haben, daß sie den Leuten, die sich in ihren Willen gefügt, 75 Proz. mehr denn früher gezahlt! Dies, Collegen, zeigt uns deutlich den Charakter dieser Leute, von Harmonie mag noch niemals bei ihnen die Rede gewesen sein. — Ebenso dauert der in Hamburg am 16. März angebrochene indirekte Arbeitsausfluß noch fort; die Vereinbarung des Lohn- resp. Accord-Tarifs war schon von beiden Theilen geregelt und genehmigt; flugs kommt ein Meisteragitator aus Berlin und man entfernt und setzt noch mehrere Säge zu. Auf Beschwerde der Collegen, daß dies doch nicht vereinbart wäre, spricht man ganz naiv: „Nun, verändert wird nichts! Wenn Sie nicht wollen; wir sind auf Alles gerüstet!“ Ist dies nicht ein Arbeitsausfluß, auf unverantwortliche Art und Weise provoziert? Ist das auch ein „Ehrenwort“ von — wie sich die Herren immer brüsten — „Ehrenmännern“? Auch ist zu beklagen, daß 3 Bestrafungen dort vorgekommen sind; die Strikenden sollen widerrechtlich Leute von der Arbeit abgehalten haben! Wie nennt man denn aber solch Verfahren, wenn die Arbeitgeber bei Anknst der Züge auf dem Bahnhof stehen und umherlungern, ob nicht der und jener Zureisende durch allerhand Borspiegelungen sich bewegen läßt, in Arbeit zu treten? Ferner wird das Comité von der Polizei behindert, bei Anknst der Züge auf dem Perron stehen zu können, doch die Meister und Polire können den ankommenden Passagieren den Weg vertreten! Ist dies auch Gleichheit vor dem Gesetz? — Auch in der Mitgliedschaft Eilsdorf 5. Schlaustadt ist in Folge der Lohnaufbesserungsforderung von 17¹/₂ auf 25 Sgr. der Streik mit 17 Mitgliedern ausgebrochen, jedoch haben 2 Meister schon bewilligt, und striken somit nur noch 10 Mann. Auch aus der Mitgliedschaft Halle a. S. ist uns mitgeteilt worden, daß daselbst 2 verheiratete Collegen zu je 6 Monaten verurtheilt seien. Gründe uns unbekannt. Wohl aber sehen die 2 Collegen fest zum Verein und haben sich bis dato tabellos betragen.

Collegen! Da nun alle ausgesperrten Mitglieder von den Arbeitgebern durch gedructes Formular, mit Namen und Geburtsort, allen Arbeitgebern in Deutschland unterbreitet worden, ist jeder Einzelne somit als gebrandmarkt, wie ein feckbriesslich Besfolgter, behindert, sich und seine Familie zu ernähren; und darum ermahnen wir Euch nochmals, Alles ausbieten zu wollen, um unsere kämpfenden Collegen derart zu unterstützen, daß nicht, wie schon oben erwähnt, thatsächlich der Hunger sie wieder in die Arme ihrer Ausbeuter liefere. Bedenkt, Collegen, wenn dies der Fall, welche Freude unsere Gegner haben, aber welche Scham unsere Collegen; und wenn sie sagen würden: wir haben Alles daran gesetzt, aber unsere Collegen, die uns den Rücken decken

sollten, haben und verlassen, — die Schmach würde nicht sie, sondern uns Alle treffen. Auch wird die Conjunction für uns nun immer günstiger, und wird der Kampf nicht mehr so lange anstehen können; auch die Scham vor der Öffentlichkeit wird die Arbeitgeber selbst zwingen, ihren Nachspruch retour zu ziehen. — Auch sei erwähnt, daß ein dreitägiger Meisterkongress hier in Berlin getagt hat, auf dem die größten Meister Deutschlands vertrieben waren und unter Anderm auch die Control- und Arbeitsbücher, sowie Einigungsämter beschlossen wurden, die nunmehr in Kraft treten sollen! Dies, Kollegen, sind Institutionen, die uns vollständig unsere Freiheit nehmen, sobald sie eingeführt sind. Durch Erfreuer sind wir der Willkür jedes einzelnen launenhaften Bossiers oder Arbeitgebers unterworfen; es ist dies faktisch eine Dienstbotenkontrolle; letzteres behindert ebenfalls die Freiheit der Masse am Orte, indem Einzelnen die Rechte dann zur Verfügung stehen, über das Wohl und Wehe ihrer Kameraden zu bestimmen.

Collegen! Ihr gehört einer Organisation an, die die Rechte im Ganzen und Einzelnen wahr; Ihr habt den Leitern derselben Euer Vertrauen geschenkt. Alle von Seiten der Gegner an Euch herantrübende Fragen, die gegen unser Prinzip sind, müßt Ihr auch und unterbrechen, wenn wir Eure Rechte wahren sollen; Ihr wißt ferner, daß unsere Zerplitterung von den Gegnern beschlossen. Sei daher ein Jeder und namentlich die Bevollmächtigten auf dem Platte, damit keine Bresche gehoffen werden kann, und Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit das Motto unserer Organisation bleibe. Mit Brudergruß und Handschlag i. A. des Ausschusses

A. Babel, Vors., Weinbergsweg 4.

NB. Zur besten und gerechten Vertretung der Unterstützungsgelder an die Ausgesperrten ist es erwünscht, daß dieselben an den Sekretär des Vereins, P. Kohn, Berlin, Koppen Nr. 2, gesandt werden. Auch ersuche ich die Bevollmächtigten, dafür zu sorgen, daß die Zahl der Abonnenten mehr wächst, denn durch das Lesen der Organe kommt Klarheit in die Mitglieder, und dies ist die beste Agitation.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Dresden, 1. Mai. Unsere Mitgliedschaften und Kollegen allerorts, welche einen eigenen Delegierten zur Generalversammlung nicht senden, fordern wir nochmals auf, die Mandate mit Mitgliedszahl und Unterschrift der Vorstände nunmehr umgehend an uns einzusenden. Ebenso wollen sich die gewählten Delegierten im Laufe dieser Tage alle bei und melden, damit das Lokalcomité die nöthigen Vorkehrungen treffen kann. Sodann sei bemerkt, daß alle Delegierten den ersten Pfingstfeiertag Mittag in Weimar eingetroffen sein müssen. Versammlungsort und Einholung etc. wolle das Lokal-Comité anzeigen.

Gelder zur Hauptkasse gingen ein: Dresden 15 Thlr. 8 Gr., Erfurt 6 Thlr. 29 Gr. 7 Pf., Offenbach 3 Thlr. 26 Gr. 5 Pf., Chemnitz 1 Thlr., Gotha 2 Thlr.

Zur Sachlage im Allgemeinen sind wir gezwungen, Folgendes zu bemerken: Bereits in Nr. 15 v. Bl. ist gesagt, daß Arbeitseinstellungen ohne genügenden Anlaß und Organisation ein plan- und losloses Vorgehen genannt werden müssen. Trotz dieser Warnung sind eine ganze Reihe von Ortschaften von der Strik-Epidemie gleichzeitig befallen. Ohne (trotz hundertfacher Aufforderung unsrerseits) sich zu organisieren und anzuschließen, stürzen sich die Leute in den Kampf. Mit dem Losungsworte „Strik“ erfolgt der Ruf: „Unterstützt uns, haltet den Bezug fern“, und mit diesem Rufe strecken sich von allen Seiten die Hände Derjenigen aus, welche zu einer Vereinigung nicht zu bewegen sind, Derjenigen, welche zu Tausenden und aber Tausenden nur Mühen ziehen, aber keine Opfer bringen wollen.

Schuhmacher, Kollegen! Es thut uns selbst leid, daß wir es hier sagen müssen: Wer soll den Strikenden genügende Unterstützung schaffen, wenn in 10 bis 12 der größeren Städte zugleich gestrikt wird? Wo sollen die Abreisenden der einen Stadt hin, wenn an anderen Orten ebenfalls der Bezug ferngehalten werden soll? Schuhmacher! Ihr, die Ihr Euch trotz aller Ermahnungen bisher von der Gewerkschaft fern haltet, weil Ihr zu engherzig waret, pro Woche 5 Pfennige in Eurem eigenen Interesse zu opfern, wann werdet Ihr Euch aufraffen, um die Gleichgültigkeit, welche seither wie ein drückender Alp auf Euch lag, abzuschütteln? Meint Ihr immer noch, daß Diejenigen, welche in kleiner Zahl sich für die große undankbare Masse geistig, physisch und materiell opfern, ein anderes Interesse für die Sache zu haben brauchen, als es Jeder haben muß, wenn er einen vorwärts strebenden Geist besitzt?

Die Arbeitseinstellungen unserer Mitgliedschaften in Mainz, Würzburg und Pforzheim sind kaum zu Ende, und von allen Seiten werden neue Strikes gemeldet. München, Barmen, Berlin, Hamburg, Altona, Ottenjen, Wandsbeck, Wolfenbüttel — alles Ortschaften, welche sich bisher der Vereinigung fernhielten, schicken ihren Hülfseruf in die Welt und finden bei sehr vielen Kollegen nur taube Ohren. Wir, die wir den Strik als letztes Mittel betrachten, während bei Vielen die Phantasie nur dies eine Mittel kennt, wir möchten Euch, unseren Brüdern, allen helfen, aber woher sollen die Mittel kommen, auf einmal nach überall Hilfe zu senden?

Schuhmacher! Uns allen thut eine Lohnherabsetzung, resp. Senkung unseres Gewerdes noth. Dadurch aber, daß Ihr Euch kopfüber in die Strikes hineinstürzt, wird Nichts erreicht, oder doch nur sehr wenig. Organisiert Euch zu einem Ganzen und es ist ein Strik nicht mehr nöthig; nur die Uneinigkeit unter uns selbst ist es, welche die Groß-Arbeitgeber übermüthig macht. Darum noch einmal: Organisiert Euch, schließt Euch der Gewerkschaft an. Für die Verwaltung: S. Zilger, Reitbahnstr. 5.

Internationale Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer etc.

Dresden, 2. Mai. Laut Beschluß der Bororts-Verwaltung der Internationalen Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer etc. findet die diesjährige Generalversammlung in Chemnitz statt, und zwar im Monat Juni; es werden daher alle Mitgliedschaften hiervon in Kenntniß gesetzt, um Anträge zur Generalversammlung rechtzeitig anher einzusenden. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Rechenschaftsbericht der Hauptklasse. 2. Wahl der Bororts-Verwaltung, sowie des Bororts. 3. Das Verhalten der vor obengenannter Gewerkschaft gegründeten Bauausführungsgesellschaften gegenüber der Gewerkschaft. — Es werden daher die Bauausführungsgesellschaften (Dresden-Chemnitz) ersucht, sich speciell durch einen Delegierten zur Generalversammlung vertreten zu lassen. Die Mitgliedschaften der Gewerkschaft werden auf § 25 und 27 des Statuts besonders aufmerksam gemacht.

Adresse des Vorsitzenden: Palmstraße 55, 3. Et., bei Lindner. Ernst Knof.

Correspondenzen.

Chemnitz, 2. Mai. Borige und Eingangs dieser Woche haben wieder einige erfolgreiche Volksversammlungen stattgefunden. Am 26. sprach Wolf in Dederan über die Sozialdemokratie und das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht. Herr Assessor Mühle nahm nicht weniger denn vier Mal Gelegenheit, Freund Wolf zu unterbrechen, so besonders, als Wolf hervorhob, daß man auf manche Staatsanwälte und Richter dadurch einzuwirken suche, daß man sie für eifrige Verfolgung sozialistischer Schriftsteller und Agitatoren zum Orden schmückte. Referent wußte dem Herrn Assessor aber stets so unwiderlegliche Beispiele anzuführen, daß an eine Wortentziehung oder Auflösung der Versammlung nicht gedacht werden konnte. — Uble sprach am Sonnabend in Hohenstein in einer zahlreich besuchten Volksversammlung über die Angelegenheit unseres Parteigenossen, des Reichstagsabgeordneten Bebel auf Hubertusburg. Die Versammlung protestirte durch Annahme der bereits bekannten Resolution gegen das Verfahren des Reichstages. Es wurde außerdem das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sehr eingehend besprochen. Nachdem sowohl zum ersten als auch zum zweiten Punkte Parteigenosse Seifert in Hohenstein das Wort genommen, sanden Aufnahmen in der sozialdemokratischen Arbeitervereinigung statt. — Am Montag hielt Lyser in Frankenberg einen Vortrag über die Prinzipien der Sozialdemokratie und deren Gegner, an die sich eine Fragezetteldebatte knüpfte. Herrn Referent Lechla war dieses Mal keine Gelegenheit geboten, dem Redner die letzten Worte seines Vortrages durch Wortentziehung vom Munde abzuschnelden. Gestern waren Versammlungen seitens der Metallarbeiter und Bauhandwerker einberufen. Bei den Metallarbeitern referirte Freund Wolf, unterstützt von Bahle. In der Bauhandwerkerversammlung war Lyser thätig. Diefelbe hatte das Gute, daß wieder neue Mitglieder für die Internationale Gewerkschaft gewonnen wurden.

Chemnitz, 2. Mai. Zu einer am 26. April abgehaltenen Volksversammlung im Elysium hatten sich so viele Arbeiter und Kleinbürger eingefunden, daß alle Räume überfüllt waren. Auf der Tagesordnung stand: „Die Verleumdungen des hiesigen „Tageblatt“ und der „Nachrichten“ gegen die Arbeiter.“ Es sprachen Lyser, Uble, Wolf und Bahle, und ihre Ausführungen fanden großen Beifall. Schließlich wurde folgende, von Lyser in Vorschlag gebrachte Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Volksversammlung im Elysium spricht ihre entschiedene Mißbilligung über die tendenziös gehaltenen Artikel im „Chemnitzer Tageblatt“ und den „Nachrichten“, betreffend den Frankfurter Biercrawall und das ganze bisherige Vorgehen dieser beiden Blätter aus, da dieselben daraus abzuleiten, die sozialdemokratischen Arbeiter und deren Organe in den Augen des Publikums und der Behörde verächtlich zu machen.“

„Die Volksversammlung erachtet es Angesichts der feindseligen Haltung genannter Blätter für ihre Pflicht, dieselben ferner weder durch Abonnenten noch durch Annahmen zu unterstützen und mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß das „Tageblatt“ und die „Nachrichten“ aus den Kreisen des arbeitenden Volkes verschwinden und wirkliche Arbeiter-Zeitungen an deren Stelle treten.“

Dresden, 10. April. Parteigenosse Dahnner, der eben, wegen zweier im Dresdner „Vollboten“ verübten „Majestätsbeleidigungen“, 6 Monate Hubertusburg abzusitzen hat, wurde am 29. März von dort nach Dresden überführt, um sich vor den hiesigen Schöffengericht wegen weiterer 8 „Majestätsbeleidigungen“ und dwerfer anderer „Vergehen“ zu verantworten. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Thüren statt — bei der herrschenden Majestätsbeleidigungsepidemie scheint man die Aussetzung durch öffentliche Verhandlungen zu fürchten — so können wir über diese nichts berichten. So viel wir erfahren haben, wurde Dahnner bei 4 „Majestätsbeleidigungen“ freigesprochen, bei weiteren 4, von denen 2 den Preußen, 2 den Sachsenkönig betrafen, zu vierwöchentlichen Monaten Festung verurtheilt, die durch Nachtragskenntniß auf vier Monate reducirt wurden. Dahnner hat also in Summa zehn Monate Festung; wegen der anderen Vergehen erhielt er außerdem 14 Wochen Gefängnis zuerkannt. Interessant ist, daß Dahnner wegen einer angeblich das sächsische Königspaar betreffenden „Majestätsbeleidigung“ vom Dresdner Bezirksgericht straflos ausging — das Gericht hatte sogar die Klage des Staatsanwalts von vornherein als unbegründet zurückgewiesen — auf die Geilhof, unter dessen verantwortlicher Redaktion der betreffende Artikel in der Ch. Fr. Br. erschien, zu 3 Monate Festung verurtheilt wurde. Was soll man zu solch richterlichen Urtheilen sagen? In Dresden Abweisung der Klage, weil das Gericht, wie jeder vernünftige Mensch, der die Noth las, selbst mit der Lupe keine „Majestätsbeleidigung“ entdecken konnte, in Chemnitz Berurtheilung. Ueberhaupt zeichnen sich die Chemnitzer Richter neben den Leipziguern durch besondere Interpretationskunst und Strenge aus. Siehe Bebel's Berurtheilung u. s. w.

Glauchau, 24. April. In der am vergangenen Sonnabend in Glauchau abgehaltenen Volksversammlung, welche trotz des schlechten Wetters sehr zahlreich besucht war, sprach der Referent Lyser aus Chemnitz über den ersten Punkt der Tagesordnung, Abscheidung eines Protestes an den Reichstag und das sächsische Justizministerium, resp. über dessen Verhalten unserem Abg. Bebel gegenüber, zur vollsten Zufriedenheit der Versammlung. Redner meinte, daß der Reichstag, sowie die sächsische Regierung, durch ihr Verhalten unserem Abg. Bebel gegenüber, zur Genüge bewiesen habe, daß ihnen Bebel sehr unangenehm sei, und meinte, daß es nun um so mehr Pflicht der Wähler des 17. Wahlbezirks sei, Bebel wieder zu wählen, überhaupt mit aller Kraft dahin zu wirken, daß mehrere wahre Volkvertreter in den Reichstag geschickt würden, um den Reichstag in setzner ganzen Glorie dem Volke zu zeigen. Hierauf verlas der Referent den in Nr. 29 des „Vollstaats“ abgedruckten und in einzelnen Punkten veränderten Protest, und wurde derselbe hierauf einstimmig angenommen. Auch den zweiten Punkt der Tagesordnung, den Vudruderstreik, besprach der Redner in einem längeren Vortrag und wurde ihm auch hier bei Schluß rauschender Beifall zu Theil. Ebenfalls wurden, nachdem der Referent, sowie der Vorsitzende Albert, zum Eintritt in die Partei und zum Abonnement auf den „Vollstaats“ aufgefordert hatten, 16 neue Abonnenten gewonnen, und fanden auch Einzeichnungen in die Listen des Volksvereins statt.

Mit Gruß und Handschlag Hermann Albert.
Halberstadt, 1. Mai. Am 23. April hielt Amand Ögg im Hotel Royal den Mitgliedsversammlungen des „Handwerker-Gewerbevereins“ einen Vortrag über amerikanische Zustände, welcher mit vielem Beifall aufgenommen wurde. Da Gäste willkommen, waren auch Parteigenossen anwesend.

Breslau, 29. April. In der gestern im Schneider'schen Lokale aberaumten Parteiversammlung referirte Geiser über „das freie Vereins- und Versammlungsrecht und die Fortschrittspartei“. Raum war er jedoch mit der Einleitung zu Ende und im Begriff, den

Artikel der Verfassung, welcher von der Behinderung des Militärs, Versammlungen abzuhalten, handelt, einer eingehenden Kritik zu unterziehen, da löste der Polizeikommissarius David bei den Worten des Redners: „Hieraus erhellt, daß der Gesetzgeber von vornherein die Absicht gehabt hat, einen beträchtlichen Theil der Staatsangehörigen zum unbedingten Werkzeuge der Staatsgewalt zu machen“, die Versammlung auf. Als Beweis, daß nicht die angelegene Aeußerung des Redners die Veranlassung zur Auflösung war, sondern daß dieselbe von vornherein beabsichtigt wurde, diene den Parteigenossen, daß sofort 6—8 Schugleute, die um das Versammlungslotal postirt waren, in Begleitung von zwei großen Hundeln in dasselbe stürzten und die Anwesenden in gewaltsamer und brutaler Weise entfernten. Zum Schluß wurde noch der Wirth des Lokals, dem man augenscheinlich seine Vorliebe für die Sozialdemokraten verleiden wollte, ohne hinreichenden Grund verhaftet und unter erneuter Anwendung von Gewalt, ohne daß man ihm nur gestattete, einen warmen Ueberrock und eine Kopfbedeckung mitzunehmen, in den Polizeigewahrsam geschleppt. Der Commissarius David scheint einen besonderen Ingrimm gegen unsere Partei zu haben, indem er schon mehrmals deren Versammlungen auflöste, obgleich der Staatsanwalt nie einen Grund zum Einschreiten gegen die betreffenden Redner finden konnte. Geiser hat die Denunziation gegen diesen Beamten mit Bezug auf § 339 des Strafgesetzbuches wegen wissenschaftlichen Mißbrauchs der Amtsgewalt eingereicht. Ueber deren Erfolg werden wir seiner Zeit berichten.

Spandau. Nach längerer Pause fand am Montag den 21. April Abends 8 Uhr, im Saale des Palmen-Salons, eine von circa 5—600 Mann stark besuchte Volksversammlung, als vorbereitendes Reichstagswahl-Agitationsmittel statt. Es war endlich gelungen, diesen Saal auf „Manneswort“ vom Wirth zu erhalten. Leider schien man in letzter Stunde noch unser Vorhaben vereiteln zu wollen, denn benannter Wirth schrieb, trotz seines gegebenen Wortes, ab; natürlich konnte uns dies, und wenn selbst, wie böse Zungen behaupten, Herr General von Streit, Kommandant von Spandau, den Wirth mit Militärverleumdung-Litigation bedroht — nicht abhalten, unsere einmal angezeigte Versammlung unter allen Umständen abzuhalten. Da man uns den Saal zu öffnen verweigerte, beschloffen wir kurz und bündig, es in der großen, bereits von Arbeitern angefüllten Gaststube zu thun. Dies schien doch den „Mann von Wort“ zur Bernunft zu bringen; der Saal ward geöffnet und die Versammlung nahm ihren Anfang. Herr Vorsitzende gewählt, verlas ich zunächst den Brief des Herrn Emden, Vertreter des ostbavländischen Kreises und der Stadt Potsdam. Derselbe war durch mich im Auftrage vieler Wähler zu dieser Versammlung, wo über die Reichstagsfähigkeit und was derselbe für die Arbeiterklasse gethan, referirt wurde, eingeladen, doch leider, wie aus seiner Antwort zu ersehen, durch Kehlspitzenzündung am Erscheinen verhindert. Daß er überhaupt nicht gewillt sei, sich wieder um ein Mandat zum Reichstag zu bewerben, wurde mit vielem Beifall angenommen. Hierauf kritisirte ich die Freigabe der hiesigen Gastwirthe, und frag, wo das „freie“ Bürgerthum hindurowolle, das sich heute dazu herbeigebe, dem Kommandanten zur Schmälerung des ohnehin schon verkümmerten Versammlungswortes hilflose Hand zu leisten. — Kaiser (Berlin) referirte in einständiger Rede über die Thätigkeit des Reichstages, besonders über das neue Festungsverbesserungs-Gesetz, das verschiedene Kommunen zwingt, ihre Säckel zu leeren. — Was Spandau's Vertreter gegen dies Gesetz gethan, sei unbekannt. — Da nun der Reichstag meist „gesättigte Existenzen“, als da sind: Fabrikanten, Kaufleute und ihre Lohndiener, enthält, so kann man sich selbst den Schluß ziehen, was er für die Mehrheit des Volkes, für die Arbeiterklasse gethan hat — so ungefährlich schloß Redner. — An der Diskussion beteiligten sich Fischer, Ramin und Cayahl. — Als Kaiser das Schlußwort nahm, wurde ein stark angebeiteretes Exultorien immer lauter. Trotzdem ich ihm das Lokal verweigerte, löste er sich nicht von der Versammlung auf. — Hierauf große Entrüstung. Der Exultor wurde an die Luft gesetzt, die Polizei schritt ein und verhaftete einen Arbeiter, aber die mannhafte Haltung der Arbeiter hinderte jeden versuchten Konflikt. Der Verhaftete kam am selben Abend noch frei.

Dornburg, 27. April. Die gestern abgehaltene Arbeiterversammlung fiel wider Erwarten sehr gut aus. Trotz des schlechten Wetters und mangelhafter Bekanntmachungen fanden sich sogar Arbeiter aus umliegenden Ortschaften zu der Versammlung ein, welche sich, gleich den hiesigen, en masse in die Gewerkschaft einzeichnen ließen. Die Bourgeois, zahlreich vertreten, waren eifrig bemüht, gegen uns zu arbeiten, was ihnen glücklicher Weise gegen die überzeugenden und klaren Auseinandersetzungen des Referenten Wilh. Ufert nicht gelang. Doch hier wie überall zeigte sich die Hohnheit der Bourgeois. Meine Behauptung, daß wir mehr Kasernen und Unteroffiziere als Schulen und Lehrer hätten, suchten dieselben durch regelhaftes Gelächter zu nichte zu machen, was von Seiten der Arbeiter gehörig gerügt wurde. Ein Hr. Langenhagen, Dr. der Philosophie, erbat sich das Wort zur Entgegnung — um — Nichts zu sagen. — Hierauf Heiterkeit unterertheilt.

Stahlfurt, Donnerstag den 22. v. M. reiste ich bei herrlichem Schneestöber, einer Einladung der Neundorfer Parteigenossen Folge leistend, dorthin über Magdeburg ab. Sonnabend von den Magdeburger Parteigenossen eingeladen, hielt ich Abends auf dem Gewerkschafts-Unionsfest die Festrede. Sonntag fand in Neundorf Volksversammlung statt. Ich sprach über Erlösung der darbenenden Menschheit aus den Fesseln des Privatkapitals. 10 Mann traten in die Partei ein. Montag Abend trat ich als Referent über die Thätigkeit des Deutschen Reichstages und was derselbe für die Arbeiterklasse gethan, in Stahlfurt auf. Viele Einzeichnungen fanden statt, so daß die Mitgliedschaft bald 100 Mann stark sein wird. Dienstag Abend war in Groß-Mühlhagen Volksversammlung, wo ich einen Vortrag über die Lage der Arbeiterklasse und die freien Menschenrechte hielt. Eine Mitgliedschaft von 42 Mann war das Resultat. Diese Mitgliedschaft verspricht sich in nächster Zeit zu verdreifachen.

Stargard in Pommern, 30. April. Da die Arbeiter der Werkstätte der Berlin-Stettiner Eisenbahn mit der Direktion wegen Lohnminderungen in Unterhandlung stehen, wird ersucht, den Bezug nach hier fern zu halten.

Biesbaden, 1. Mai. Wie bekannt, fand in Frankfurt ein Biercrawall statt und 8 Tage später am verfloffenen Montag

* Unser Correspondent scheint von einem Doctor der Philosophie zu veranlassen, daß er etwas zu sagen weiß. Sollte dieser Doctor etwas gewußt, so hätte unser Correspondent sicher sein Verlangen sofort juristisch geäußert. Deutsche Doctoren, welche Nichts sagen können, sind zwar ein Jammerstück; der größte Jammer aber ist's gewöhnlich, wenn sie reden. Wir sind vollständig damit einverstanden, wenn sie den Mund halten. Red. v. B.

ereignete sich hier eine ähnliche Scene in Betreff der Brodpreise. Außer den vielen Bäckern sind hier zwei Brodfabrikanten (Werner und Wagemann), welche eine Masse Brod fabriciren, wozu sie das Mehl selbst mahlen; diese lassen das Brod in Specereihandlungen verkaufen. (Wagemann besitzt auch selbst einen Laden). Diese Fabrikanten schlagen nun fortwährend mit den Brodpreisen auf, was bei dem jetzigen billigen Fruchtpreise ein großer Wucher ist. Der Laib Brod, welcher nur 3 1/4, höchstens 3 1/2 Pfd. wiegt, kostet 20 Kr. Wagemann soll eine Netto-Einnahme von 100 Fl. pro Tag haben, nämlich pro Laib 8 Kr. Am verfloffenen Montage wollte nun Wagemann noch einige Kreuzer aufschlagen, hierüber geriethen die zahlreichen Arbeiter, (welche wegen schlechten regnerischen Wetters nicht arbeiten konnten), in Wuth, zogen im Laufe des Nachmittags fortwährend an dem Wagemann'schen Laden vorüber und erklärten, daß Alles am Abend zertrümmert werde. Es fand sich nun auch Polizeimannschaft ein, um die sich ansammelnde Menschenmenge zu zerstreuen. Abends nach 8 Uhr hatte sich eine bedeutende Menschenmenge aus allen Theilen der Stadt, (Bourgeois, Arbeiter u. s. w.) versammelt und wollte aus Reugier sehen, was geschehen werde. Trogedem nun, daß Niemand nur im geringsten Etwas vornahm, was als eine Demonstration oder ein Krawall ausgelegt werden konnte, ließ der Herr Polizei-Director v. Strauß dahier durch die anwesenden Gensdarmen und Polizisten mit blanker Waffe auf die Menge einhauen. Es sind mehrere Verwundungen (wie verlautet 16) vorgenommen, wovon ein Bedienter aus dem europäischen Hof bereits gestorben sein soll, welcher am Kopfe verwundet war. Die Polizeimannschaft hieb blindlings auf die Leute ein; selbst auf die ruhig vorbeigehenden Personen. Dieselbe soll im höchsten Grade betrunken gewesen sein, wie man sich erzählte, was ich aber nicht behaupten will. Da durch dieses Vorgehen sich eine größere Menschenmenge ansammelte und in Wuth gerieth, wurden gegen 9 Uhr 40 Mann bewaffnete Artilleristen allarmirt, setzten mit blanker Waffe im Galopp durch die Straßen und jagten die Menge auseinander. — Die hiesigen Blätter stellen die Sache in ein anderes Licht, damit die öffentliche Meinung für das polizeiliche Einschreiten eingenommen werde. Wenn die Polizeimannschaft, wie gesagt wird, nur mit flacher Klinge zugehauen hätte, könnten keine Hände, Finger, u. s. w. abgehauen worden sein. Einer besonderen Kritik will ich die Angelegenheit nicht unterwerfen, sondern überlasse sie jedem Leser. Ein hiesiger Schreinermeister, welcher über diese Sache sich gerecht ausließ, wurde gefänglich eingezogen. Es sollen 28 Personen verhaftet sein und werden dormalen noch Verhaftungen vorgenommen. — Die hiesige Mitgliedschaft der sozial-demokratischen Arbeiterpartei beschloß, Jeden anzuschließen, welcher sich an Krawallen oder Demonstrationen betheiligte. Während bezüglich des Frankfurter Bierkrawalls die meisten Zeitungen berichten, daß sich die Mitglieder unsrer Partei an dem vorgefallenen Krawall nicht betheiligte haben, bringt der hier erscheinende „Rheinische Kurier“ in seiner Nr. 94 einen Artikel des Redakteurs Lahm, worin den „sozial-demokratischen Aufsetzungen“ diese Excesse zugeschrieben werden; die Verantwortung schiebt er der Regierung, den Feudalen und Klerikalen zu, welche den Sozialismus großgezogen hätten*) weil sie ihn als Waffe gegen den Liberalismus gebraucht. Die Beurteilung dieses Artikels überlasse ich jedem Einzelnen, der unsre Partei, sowie die Taktik des „Rheinischen Kuriers“ kennt. Wir haben uns noch nie als eine Waffe gegen den Liberalismus gebrauchen lassen und werden es auch nie thun.

Landsknecht, 26. April. „Der Staat ist gerettet!“ Die hohe Polizei hat nämlich auf Betreiben des tugendhaften Stadtvaters die Mäße geholt, unsere im raschen Aufblühen begriffene Partei-Mitgliedschaft für aufgelöst zu erklären. Natürlich ist der Beschwerde-weg betreten und wollen wir sehen, ob der erste beste Stadtmönarch das Recht hat, unbescholtenen Arbeitern nach Belieben den klammerlichen Rest von Vereins- und Versammlungsgeld gänzlich illusorisch zu machen. Möge sich der Stadtvater, wenn ihm das Wohl der Gemeinde so sehr am Herzen liegt, um die Ermittlung jenes Diebes bekümmern, der im hiesigen Rathhause seiner Zeit einbrach. Dadurch würde er der Stadt jedenfalls bessere Dienste erweisen, als wenn er gegen Leute, die sich bis jetzt stets in den Schranken des Gesetzes bewegten, in der geschändeten Weise vorgeht. — Da wir natürlich für jetzt das Agitationscomité nicht behalten können, ersuchen wir die Münchner Parteigenossen, diese Aufgabe für uns zu übernehmen. Im Auftrage der hiesigen Mitgliedschaft mit Gruß und Handschlag
C. F. Kld.

Amberg. Im Namen der hiesigen Fachgenossen der Schuhmacher, mache ich unsern Freunden und Geschäftsgegnern von nah und fern die erfreuliche Mittheilung, daß seit Kurzem die Schuhmachergehilfen Amberg's sich organisiert und einen Verein gebildet haben. Wir wollen in die Reihen unserer Gewerkschaften treten und sind bereit, den Kampf der Arbeiterbewegung vereint mit ihnen zu führen. Amberg ist der Mittelpunkt zwischen zwei Städten, wo die soziale Bewegung vordringt. Wir rufen unsern Freunden zu, daß sie auch uns in's Auge fassen und uns mit agitatorischen Kräften unterstützen mögen. Es fehlt uns an agitatorischen Kräften und es wäre sehr wünschenswerth, daß das sozial-demokratische Prinzip in den Gauen Amberg's genau erörtert würde. Mit sozial-demokratischem Gruß
Im Namen des Vorstandes J. Steiner.

Paris, 22. April. Wie es Buridan's Esel ging, der nicht zu wählen wußte, weil rechts Heu und Stroh, links Stroh und Heu ihm seine Wahl erschwerte — so geht es vielleicht manchem hiesigen Bourgeois den 27. April, wenn er zwischen Barodet und Remusat zu wählen hat, woshalb es auch schwer ist, voraus zu bestimmen, ob der offizielle oder nicht-offizielle Candidat der Ordnungspartei die meisten Stimmen erhält. Für den 4. Stand kann dieses ja auch so ziemlich gleichgültig sein. Jedoch, da bis jetzt der alte Tropf Thiers so ziemlich seinen Willen durchgesetzt hat, wird vielleicht im entscheidenden Augenblick, wenn es an die Wahlurne geht, so mancher Bourgeois aus Rücksichten für die Zukunft so wohl, als aus Erkenntlichkeit für den Mann der Gegenwart, dem alten bewährten Freunde Thiers', Remusat, seine Stimme geben. Seien Sie überzeugt, wenn einmal ein Arbeitercandidat in Paris aufgestellt wird und ich mich noch hier befinde — werde ich ausführlicher in meinen Briefen sein.
Ihr R. R.

*) Dieser Herr scheint sich wirklich mit ganz lahm en Armenmäßen abzugeben.

Erklärung.

Die uns von der Mitgliedschaft Nürnberg und von Memminger zugesandten Proteste gegen die Woolsche Broschüre haben wir dem Ausschuss überwiesen. Die Redaktion hält sich nicht für befugt, eine Polemik über diesen Gegenstand im „Volkstaat“ eröffnen zu lassen und verweist alle Interessenten auf die Parteibehörden, beziehentlich dessen Congreß.

Die Redaktion des „Volkstaat“.

Erklärung.

Zu der in Nr. 24 u. 28 d. Bl. besprochenen unter Deuz aus Kall gemeldeten Vorfälle:

- 1) Mein Bericht war vom 24. Januar (nicht vom 10. März); ich konnte also damals nicht wissen, was die „barmherzigen Schwestern“ zu Ende März in „hochherzigster Weise“ gethan haben.
- 2) Die Frau war etwa Mitte November erkrankt; der Armenarzt erschien ein Mal und kam erst (und zwar nur auf Veranlassung des Bürgermeisters) am 21. Januar wieder. Der Bürgermeister selbst war durch den Kölner Hospitalarzt zu energischem Einschreiten angeregt worden, der eine Operation für nothwendig hielt.
- 3) Ich bestreite nicht, daß das, was die kleine Gemeinde gethan hat, für deren Budget nicht gering ist; allein daraus geht nur hervor, daß die Armenpflege anders als gemeindlich organisiert werden muß. Kleine Gemeinden können eben nicht viel thun. Meine Angabe von „7 1/2 Gr. pro Monat“ bezieht sich auf die Zeit vom November bis Januar; daß nachher mehr geschehen, stößt meine Behauptung nicht um.
- 4) Der Mann, der den Geistlichen um eine Gabe für die Frau angesprochen hat, ist der Photograph Heinrich Geier.
Der Verfasser des Artikels in Nr. 24.

Briefkasten

der Redaktion: J. in Erfurt: die Redaktion des „Volkstaat“ ist der Uebersetzung, daß sie mit dem über Ihren Prozeß gebrachten Bericht vollständig ihre Pflicht gethan hat und glaubt sich ebenfalls auf § 20 der Organisation berufen zu können. So wie Sie es wünschen, könnte man allenfalls einen Hochverratsprozeß behandeln, nicht aber eine solch unbedeutende Affaire von 14 Tagen Gefängniß! Wir glauben fast, Sie treibt etwas anderes, als der § 20. — J. in Schweinfurt: In der heutigen Nummer steht die genaue Adresse der internationalen Maurergewerkschaft und ihres Bororis zu Dresden. Sie können sich also direkt dahin wenden. Verschämen Sie es ja nicht. — Zurückgestellt sind: Stangendorf, Landsknecht, Berlin, Mannheim, Augsburg. R. in Saalfeld: Wird besorgt.

M.: Zu Ihrer weiteren Information über den berücksichtigten Artikel des „Neuen“ machen wir Sie — zum Theil wiederholt — auf Folgendes aufmerksam: a) Auf die Absurdität, daß Bakunin gegen die Konspiration sei, wo er eine allgemeine Konspiration — die „Allianz“ — innerhalb der Internationalen, freilich nicht gegen die Regierung, sondern gegen die Internationale selbst angezettelt hat. b) Daß die Internationale in Frankreich überhaupt nach dem Dufaure'schen Gesetz anders „als geheim“ existiren könne; daß aber eine geheime Propagandagesellschaft und eine Konspiration zwei verschiedene Dinge sind. c) Daß der Haager Congreß sich gegen die Blanquisten, die die Internationale zum Behuf von Konspirationen machen wollten, so energisch aussprach, daß diese sich von der Internationalen zurückzogen und sich öffentlich gegen sie erklärten, weil ihr die „revolutionäre Energie“ mangle. d) Daß Heddeghem (Walter), der stille lange Mann im Haag mit rothen Haaren — von einer kleinen Frau begleitet — angeblich „Frau“ mit einem Mariamagdalenenengesicht begleitet — der jetzt als alter Polizeiaгент entlarvt, erst von Serraillier dem alten Generalrath mit seiner Sektion zur Zulassung vorgeschlagen wurde, nachdem er sich auf den Blanquisten Randier, Mitglied des Generalraths, bezog, und von diesem als durchaus zuverlässig anerkannt worden war. e) Daß Heddeghem sowohl wie Debrauges regelmäßige Mandate ihrer Sektionen hatten, also am Congreß zugelassen werden mußten, sobald keine Anklage gegen sie erhoben, was keinem Menschen der Minorität einfiel. f) Daß der „Reue“ sich gar nicht besser als Polizeiorgan darstellen kann, als wenn er die von Polizisten und Bonapartisten, wie Bogt u. Co., ausgegebene Parole wiederholt, Marx suche als „int. Verschwörer“ aufzutreten und habe bereits „ein Duzend Kommunistenprozeße“ gehabt, wo gerade das Auftreten des Haager Congreßes, mit dessen Majorität man Marx identifizirt, gegen die Blanquisten das Gegenheil beweist und die Polizeilüge über den Einen Kommunistenprozeß von 1853 längst durch M.'s „Entwicklungen über den Kommunistenprozeß in Köln“ aufgedeckt sind. g) Daß, wenn jetzt einmal Einer vom „R. S. D.“ zu Gefängniß verdammt wird, man weiß, woran sich zu halten, nachdem der „Neue“ selbst auf das Polizeimanöver aufmerksam gemacht, die Polizisten mit verurtheilen zu lassen, ihnen aber im Gefängniß ein bequemeres Leben zu bereiten. „Mögen die Arbeiter immer die Augen offen haben!“

Uebrigens war Debrauges kein Spion, aber ein verbummeltes Subjekt, der erst im Cachot zum Denunzianten wurde und dann bald ganz der Polizei verfiel. Dagegen war Heddeghem bereits unter Bonaparte Mouchard, ihn verdanken wir allein die Blanquisten. Der „große alte Freiheitskämpfer“ Bakunin dagegen hat stets Mouchards in seinen Reihen gehabt. — Albert Richard z. B., der seit 1868, seit Stiftung der „Allianz“ seine rechte Hand für Frankreich war. Und da die Jurassiens behaupten, auch geheime Sektionen in Frankreich zu haben (die Prozesse beweisen das Gegenheil), wo ist da der vom „Neuen“ erkünstelte Unterschied?

Was nun den Artikel in Nr. 45 angeht, so ist gegen die darin enthaltenen Behauptungen noch Einiges zu sagen. Gegen den Haager Congreß haben sich erklärt: 1) die sogenannten Italienische Föderation, die nie zur Internationalen gehört hat, weil sie die Generalstatuten nicht anerkennen will, und daher auch nie zu ihr gehören kann, bis sie sich fügt. — Dagegen eine Anzahl wirklicher italienischer Sektionen haben anerkannt und stehen mit dem Generalrath in regelmäßiger Verbindung. 2) Die jurassische Föderation, 150 Mann, gegenüber 4—5000 in der französischen Schweiz allein; sie ist dafür suspendirt worden. 3) Die Belgier. 4) Ein Theil der Spanier, während ein anderer den Föderalrath in Valencia eingesetzt hat, der mit dem Generalrath in New-York in regelmäßiger Verbindung steht. 5) In England ganze zehn Mann, die nicht eine einzige wirkliche Sektion hinter sich haben, während der englische Föderalrath, gestützt auf zahlreiche Sektionen, deren mehrere 500 Mann und darüber stark, und die von Woche zu Woche sich vermehren, die Anerkennung der Haager Föderation zur Grundbedingung der Zulassung macht. Daß 6) in Frankreich „so weit dort noch eine Organisation besteht“ — diese zum Haag und zum Generalrath stand, ist eben durch die Prozesse bewiesen, die dem Artikel in Nr. 49 zum Vorwande dienen. Die „Flüchtlinge der Kommune“, weder als solche noch in ihrer „Mehrzahl“, sind nie in den Hall gekommen, sich dagegen „energisch zu wenden, daß ic.“ weil die Fraction nie existirte. Die Blanquisten haben sich, sinis Mann hoch, darunter vier Commune-mitglieder, aus dem Grunde zurückgezogen, weil die Internationale sich nicht zum Werkzeug ihrer Verschwörung hergeben wollte. Sonst ist absolut Nichts vorgefallen, was zu dieser Lüge nur den entferntesten Anlaß geben konnte. —

„Neuer“ in Berlin: Der Mannheimer Artikel in Nr. 35 d. Bl. ist nicht von der Redaktion „fenscheid's“ zugestimmt, sondern stammt

aus der Feder unseres Mannheimer Vertrauensmanns, dem zu mißtrauen wir nicht den mindesten Anlaß haben. Ergebenst
„die moralische Verworfenheit der Volksstaat-Sippchaft“.
der Expedition: Davenith Berlin: Sie haben für Ann. 23 Gr. zu bezahlen. B. A. Preß Budau: Abonn. Mai 20 Gr. B. Sajar Kanestli Bafz: Abonn. 18 Gr. B. Th. Ohlert Wilsau: Schr. u. Photogr. Tblr. 2 3/4. B. A. Loennr Chicago: Ab Tblr. 50. S. A. Schmitts Mannheim: Schr. Tblr. 2 1/2. S. Ppeter Halle: Ab. Tblr. — 12 5/8. S. E. Ribbort Eimburg: Ab. Mai 6 Gr. B. G. Jannan. Duisburg: Ab. 2. Qu. Tblr. 7 10 6. Schr. Tblr. 3. S. F. Jnsler Spandau: 2 Gr. B. T. Lindenau: Placate 15 Gr. B. Th. Jgds Witten: Schr. Tblr. 11. B. Hnr Mercane: Schr. Tblr. — 4. 5. S. Baron v. Minigerode Berlin: Schr 29 Gr. B. Fr. Pbl hier: Ab. Tblr. 3. 20. —. S. Sonneberger Mindelheim: berech. Sie Tblr. 1. Strile-Comitee Stargard, Strilenort; im Redaktionsheft 6 Gr stehen zur Verfügung. B. J. Scher Wien: Ab. Tblr. 1. B. R. E. Leipzig: Schr. 17 Gr. B. R.: Schr. 17 Gr. B. Hsch Esn: Ab. 1. Qu. Tblr. 15. 16. 5. S. Schr. Esf.: Ann. Tblr. 1. B. Mr Dösig: Tblr. 1. 27. —. B. A. S. durch Rauer zur Agitation Tblr. 1.

Berlin Jeden Abend gesellige Zusammenkunft der internationalen, sowie sozial-demokratischen Partei in **Scheible's** Restaurant, Mühlstr. 5.

Hamburg Sozial-demokratischer Arbeiterverein. Sonntag den 11. Mai, Nachmittags 4 Uhr, bei Hansch, Schanzenburgerstraße: Vortrag. Gäste haben Zutritt.

Johannegeorgenstadt Sonntag den 11. Mai soll hier beabsichtigt Gründung einer Mitgliedschaft der Partei und der Tischlergewerkschaft eine

Volkerversammlung stattfinden. — Wir bitten um thätige Referenten von auswärts.
J. A.: Friedrich Strobel, Tischler. 29

Leipzig Sozial-demokratischer Arbeiterverein. Freitag den 9. Mai öffentliche Versammlung bei Zeidler, gr. Windmühlenstraße Nr. 7. — Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht. Referent: Ramm. Diskussion.

Leipzig Sonnabend den 10. Mai, feiert der **Buchbinderverein** in „Stadt Raumburg“ in Gohlis sein **Erstes Stiftungsfest**, bestehend in Concert und Ball, wozu wir alle Mitglieder und Freunde der Gewerkschaften freundlichst einladen.
Anfang Abends 7 Uhr.
Der Buchbinderverein.

Leipzig Arbeiterbildungsverein. Sonntag den 11. Mai Frühlingfest in den Räumen des Gasthofes zur „Goldnen Krone“ in Connewitz. Beginn des Concerts Nachmittags 3 Uhr. Abends Ball.
Zu zahlreicher Betheiligung Seitens der Mitglieder und Freunde des Vereins ladet ein
Der Vorstand.

Leipzig Sekt ionversammlung der Tischler u. Pianofortearbeiter. Sonnabend den 10. Mai, Abends 8 Uhr, bei Zeidler, Windmühlenstr. 7. — Tagesordnung: Die Inhabnahme des Arbeitsnachweises seitens der Gesellen.
Das Erscheinen Aller ist dringend nöthig. [2a]

Reichenbach Alle Leser werden ersucht, bis Ende dieses Monats die Abonnementstriche an mich oder den Austräger zu entrichten, sowie immer kräftig für Weiterverbreitung zu agitiren. Der „Volkstaat“ liegt in den Restaurationen „Deutsche Eiche“, bei Gottlieb Wendler, bei Franz Paul und „Grüne Aue“ aus.
Rob. Müller.

Zwidau Den Parteigenossen von hier und der Umgegend erlaube ich mir, meine Wirtshaus „Volkshalle“ zu empfehlen. Zur Beihilfe für Agitationen in der Umgegend bin ich mit Ausnahme des Sonntags gern bereit, und bitte ich dahinzulebende Wünsche mir immer rechtzeitig gef. zukommen zu lassen.
G. Dobauer, Burggasse.

Zwei Korbmachergehilfen werden baldigt gesucht bei **Georg Ködiger in Erfurt**, Fischerhand.

Allen zureichenden Horn- und Holzdrechslergehilfen, welche in Leipzig Arbeit nicht erhalten, wird eine Unterstüßung von 7 1/2 Sgr. gewährt bei Julius Thiele, kleine Fleischergasse Nr. 22. (4c)

Da von „interessirter Seite“ in den letzten Tagen voriger Woche durch Annonce, in der „Rheinischen Zeitung“ und mehreren anderen der gelesesten Zeitungen die Nachricht verbreitet wurde: „daß der Strike der hiesigen Steinmetzen beendet sei“ mit der Unterstüßung „die Strike-Comission“, so erklären wir hiermit, daß der Strike noch in vollem Gang ist und der hiesige Steinmetz-Meisterverein noch in den letzten Tagen die zur Befestigung der Differenzen gethonen Schritte zurückgewiesen hat.
Das Strike-Comité der Hamburger Steinmetzen.

In der unterzeichneten Expedition ist soeben erschienen und durch dieselbe zu beziehen:

Neuestes Proletarier-Liederbuch von **Johann Most**. 3. Auflage. Preis pro Exemplar 3 Sgr. In Partien bezogen billiger. Expedition „Chem. Freie Presse“, Lindenstraße 5.

Bei meiner Adresse nach Amerika sage ich allen meinen Freunden und Parteigenossen herzlich Lebewohl.
Spandau, den 1. Mai 1873.
F. Johnsker.

Von dem im Verlage des Unterzeichneten erschienenen, mit so vielem Beifall aufgenommenen Bilde:

Ferdinand Lassalle der Kämpfer gegen die Kapitalmacht hat ein zweiter Abdruck bei Presse verlassen und ist zu den früheren, bekannten Bedingungen zu beziehen:
1 Exemplar 7 1/2 Sgr., 11/10 Exemplare zusammen bezogen 2 Tblr.

Als würdiges Pendant zu obigem Bilde erschien in demselben Verlage

Bundeslied der deutschen Sozialdemokratie. Treffend illustriert von G. Klein, demselben, welcher das Bild La s - alle's entworfen. Preis 1 Exemplar 7 1/2 Sgr. 11/10 Exemplare zusammen bezogen 2 Tblr.

Beide Bilde sollten als passende Zimmer - Zierde in der Wohnung eines wahren Sozial-Demokraten nicht fehlen. Gegen Franco - Einlieferung des Betrages werden dieselben den geehrtten Bestellern sofort per Post zugesandt.
Erlangen, im April 1873. J. G. Born, Verleger. [45c]

Meine Adresse ist jetzt: **Theodor Nord, Erste Borschen, Hof 13, Hamburg.**

Leipzig: Verantw. Redakteur E. Kasper. Redaktion und Expedition Zeilgerstr. 44). Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.